

Werner Rätz

## **Digitalisierung? Grundeinkommen! Eine Notwendigkeit, die erklärt werden muss.**

Viele Fragen, die wir gerne beantwortet sähen, hatten wir, die Herausgeberinnen dieses Buches, den angefragten Autorinnen gestellt. Auf die meisten wird in verschiedenen Beiträgen eingegangen und dieser Text unternimmt nicht den Versuch, die gegebenen Antworten nochmals kurz darzustellen, wie es Zeitschrifteneditorials oft tun. Aber ein paar zusammenhängende Einordnungen sollen angeboten werden. Die Leserin wird an vielen Stellen Bezüge auf Texte dieses Buches erkennen, die ich nicht einzeln ausweise.

Nicht heute, nicht morgen...

Jahrelang haben relevante Teile der Grundeinkommensbewegung behauptet, ein bedingungsloses Grundeinkommen, das seinen Namen verdiene, sei heute nicht realpolitisch durchsetzbar. Das war auch immer meine eigene Einschätzung. „Das Grundeinkommen als Richtungsforderung“ war ein Text von mir überschrieben, der 2005 in der österreichischen Zeitschrift „Streifzüge“ erschienen ist und auf den ich mich hier wiederholt beziehe (Rätz 2005).

Dort wurde sehr grundsätzlich argumentiert, dass der Spielraum für eine breite, globale Umverteilung ökonomisch sehr beschränkt sei. Wesentlicher Grund dafür ist, dass es immer schwerer fällt, für all das viele Geld der großen Vermögensbesitzerinnen ausreichende profitable Investitionsmöglichkeiten zu finden. Das bedeutet, dass die Verwertung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals misslingt. Im Ergebnis steigt das Finanzvermögen in schwindelerregende Höhen auf aktuell um die 300 Billionen US-Dollar.

Würden Staaten in relevanter Größenordnung auf diese Summen zugreifen wollen, etwa durch eine Vermögensabgabe oder eine Finanztransaktionssteuer, dann würde sich sehr schnell zeigen, dass sie zu einem großen, wenn auch nicht bezifferbaren Anteil aus „fiktivem Kapital“ bestehen. Als solches hatte Marx Kapital bezeichnet (MEW 25), das noch keinen Prozess wirklicher Verwertung durchlaufen hat, das also noch nicht in einem Prozess der Warenproduktion eingesetzt worden ist. Solches Kapital ist einerseits gültiger Reichtum. Seine Besitzerin kann es abbuchen, damit bezahlen, es in Geschäfte investieren. Aber wenn allzu viele das gleichzeitig machen, dann wird sichtbar, dass es in Wirklichkeit lediglich den Anspruch auf erst zukünftig zu produzierenden Reichtum darstellt. Schon eine politisch ernstzunehmende Ankündigung einer höheren Vermögensabgabe würde die Anlagewerte purzeln lassen. Das macht Umverteilung nicht unmöglich, aber es geht eben auch kein Eins-zu-eins-Zugriff auf Börsenwerte.

Ich will diesen Ausflug in die politische Ökonomie nicht vertiefen, er sollte lediglich untermauern, warum es nicht überrascht, dass bisher keine durchsetzungsfähige politische Strömung weltweit für größere Umverteilungsprozesse eintritt. Zwar gab es durchaus ein paar grundsätzlich stimmig erscheinende Überlegungen, warum auch Unternehmer ein Interesse an einem bedingungslosen Grundeinkommen haben könnten. Der DM-Drogeriemarktchef Götz Werner integrierte gleich zwei unternehmerische Interessen in seinen entsprechenden Vorschlag, nämlich eine komplette Steuer- und beachtenswerte Lohnkostenentlastung und die Ausstattung seiner potenziellen Kundinnen mit genügend Kaufkraft. Gleichzeitig sprach auch er in seinen Vorträgen vom Grundeinkommen oft als einem „Leitstern“, einer Orientierung.

Wir sprachen sehr ähnlich von „Richtungsforderung“. Sie zeigte, wohin es aus der unerträglichen Realität des Hartz-Systems gehen könnte. Sie identifizierte mögliche nächste Schritte, erleichterte deren politische Einschätzung im Alltag der regelmäßig verlorenen Abwehrkämpfe gegen immer neue Runden der Prekarisierung. Aber wir erwarteten niemals, dass ein emanzipatorisches Grundeinkommen bald tatsächlich eingeführt würde. Was tagespolitisch durchsetzbar schien, war

bestenfalls etwas wie das Bürgergeld von Dieter Althaus oder das Modell zur Beseitigung des Sozialstaats von Thomas Straubhaar. Aber auch dafür plädierte kaum jemand aus den herrschenden Klassen.

Diese Situation scheint sich völlig verändert zu haben, seit die Manager des globalen digitalen Kapitalismus reihenweise ein bedingungsloses Grundeinkommen fordern. Dabei muss die Frage offen bleiben, ob deren Vorschläge denn eine Lösung für das oben beschriebene Problem der fehlenden Umverteilungsspielräume enthalten, weil sie in der Regel keine belastbaren Finanzierungsmodelle vorlegen. Formulierungen wie aus der „Gewinnbesteuerung“ der „großen Internetkonzerne“ (Höttges) lassen allerdings vermuten, dass es bei den Unternehmenschefs noch keine wirklichen Vorstellungen von Art und Umfang der Umverteilung gibt.

Dennoch kommt allein durch die massive Häufung ihrer Stellungnahmen ein tagespolitischer Druck in die Debatte. Das liegt gar nicht einmal so sehr an ihren realen Forderungen, die sind oft ebenso wolkig wie die Finanzierungsvorstellungen und gelegentlich ausdrücklich nicht tagesaktuell. Höttges wörtlich: „Es könnte eine Lösung sein – nicht heute, nicht morgen, aber in einer Gesellschaft, die sich durch die Digitalisierung grundlegend verändert hat.“ Diesem Druck hat sich die Initiative „Digitalisierung? Grundeinkommen!“ gestellt und mit dem „Frankfurter Manifest“ einen Prozess angestoßen, der die Formierung einer auch realpolitisch wirksamen emanzipatorischen Position befördern soll. Deshalb haben wir in diesem Buch aktive Politikerinnen, Wissenschaftlerinnen und Aktivistinnen sowohl zum Thema Grundeinkommen als auch zur Digitalisierung versammelt.

## Digitalisierung

Im Titel unserer Initiative schwingt selbstverständlich mit, dass „Digitalisierung“ eine Herausforderung ist und „Grundeinkommen“ die Antwort darauf. Das darf aber nicht so verstanden werden, dass wir die alarmistischen Aussagen über das Ende der Arbeit teilen würden, die mit der Digitalisierung verbunden werden. Allerdings werden die damit einhergehenden Veränderungen der Arbeitswelt dramatisch sein. Dabei wäre zunächst zu klären, was denn unter „Arbeit“ verstanden werden soll (Rätz 2008).

Mindestens vier verschiedene Begriffe davon werden regelmäßig benutzt. Da ist zunächst die „Arbeit“ im Sinne von etwas tun. „Ich habe heute noch reichlich Arbeit vor mir“, ist höchst uneindeutig und sagt nicht, ob die Sprecherin jetzt bügeln oder einen Artikel schreiben oder einen langen Arbeitstag in der Fabrik antreten muss.

Spezifischer wäre die Bezeichnung von Tätigkeiten, die nach allgemeiner Übereinkunft als sinnvoll und nützlich gelten.

„Arbeit“ in diesem Sinne wäre eine dem Menschen zugehörige anthropologische Konstante. Menschen haben sich zu allen Zeiten miteinander und mit der Natur um sie herum auseinandergesetzt, haben getan, was zur Befriedigung ihrer unmittelbaren und sehr bald auch ihrer kulturellen Bedürfnisse notwendig und möglich war.

Wenn „Arbeit“ demnach Gesellschaft und ihren Reichtum produziert, dann bleibt aber immer noch offen, welche Tätigkeiten dafür als notwendig und nützlich betrachtet werden. In unserer Alltagssprache sind drittens als „Arbeit“ anerkannt alle Tätigkeiten, die bezahlt werden. Zwar sagt niemand offen, die Tätigkeit einer Mutter oder einer nicht berufstätigen Frau, die kranke Angehörige pflegt, sei nicht nützlich und sinnvoll. Und doch sind „Arbeit“ und „Erwerbsarbeit“ in unserem Verständnis eine enge Verbindung eingegangen. In diesem Sinne arbeitet die Rentnerin nicht mehr und die Jugendliche noch nicht, gleichgültig, welche konkreten Dinge sie in ihrem

Alltag tun.

Hier wird sichtbar, dass nützliche und sinnvolle Tätigkeit nicht in bezahlter Arbeit aufgeht. Vieles Nützliche wird nicht bezahlt, vieles wird bezahlt, das in keiner Weise notwendig, oft nicht einmal nützlich ist. Das hat etwas damit zu tun, dass nur bei bestimmten Tätigkeiten ein größerer Wert entsteht, als die Arbeitskraft zu ihrer eigenen Erhaltung verbraucht. Nur die Produktion von Gütern im Kapitalismus, die Umformung von vorhandenem und Schaffung von neuem Wert durch Verausgabung eigener Arbeitskraft, ist „Arbeit“ im Sinne von Wert- oder genauer Mehrwertproduktion (Marx MEW 23).

Wir sind damit am selben Punkt wie nach unserer ersten politökonomischen Betrachtung: Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen zielt immer über die bestehende kapitalistische Gesellschaft hinaus. Das heißt nicht, dass es keine konkreten Modelle eines solchen Einkommens gäbe, die systemimmanent wären. Die gibt es. Aber wenn es gelingen würde, die Forderung nach einem Grundeinkommen so zu etablieren, dass sie wirklich alle Menschen meint, hierzulande alle hier Lebenden und international alle in ihren Gesellschaften, dann hätten wir eine Position gewonnen, die für die Gegenseite praktisch kaum integrierbar wäre.

Es kommt also darauf an, zu klären, welche „Arbeitswelt“ die Digitalisierung verändern wird. Da weist sie zwei sehr verschiedene Perspektiven auf.

Grundsätzlich verstärkt sie erstens eine Tendenz, die jeglicher Technisierung und Mechanisierung des Produktionsprozesses im Kapitalismus innewohnt. Neuer Wert, Mehrwert, entsteht nur durch die Verausgabung menschlicher Arbeitskraft. Wird diese aus Gründen der Kostenvorteile in der Konkurrenz durch Maschinen ersetzt, so kann zwar der Profit für das einzelne Unternehmen steigen, gesamtgesellschaftlich aber sinkt der Mehrwertanteil an der Produktion. Steigt allerdings die Gesamtmasse der Produktion gleichzeitig mit der Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen, kann zwar nicht die Rate, sehr wohl aber die Masse des Mehrwerts ebenfalls wachsen. Also verwandelt der Kapitalismus nach und nach alle menschlichen Lebensbereiche in Märkte, um immer mehr Waren verkaufen zu können.

Die Digitalisierung trägt dazu doppelt bei. Sie bietet Produkte an, die sozusagen süchtig danach machen, die komplette Zeit mit ihnen zu verbringen. Und sie gestaltet Arbeits-, Produktions- und Lebensverhältnisse so, dass sie alle in den kapitalistischen Verwertungskreislauf einbezogen werden. Jede Freizeit wird mit Klicken verbracht, jeder Klick liefert Daten. Gleichzeitig löst sich die Trennung zwischen kapitalistischer Arbeits- und individueller Lebenszeit auf. Gearbeitet werden kann mit den modernen digitalen Werkzeugen immer und überall, die Erreichbarkeitsanforderungen der Unternehmen an ihre Mitarbeiterinnen sind entsprechend hoch, wobei sich Selbstständige diesem Komplex meist noch schwieriger entziehen können, auch wenn es keinen formalen Druck gibt.

Damit fördert die Digitalisierung aber auch eine zweite Tendenz, nämlich dass die individuellen Anteile an der Reichtumsproduktion nicht mehr unterscheidbar sind. Auch das ist nicht neu. Schon immer war der kapitalistische Produktionsprozess ein kollektiver. Darin besteht ja gerade der produktive Fortschritt des Kapitalismus gegenüber vorherigen Ökonomien, dass er die Produktion von Gütern und später auch von Dienstleistungen in großem Maße auf gesellschaftliche Arbeitsteilung aufbaute. Konnte man anfangs noch sagen, wer das Rad, wer das Chassis und wer das Dach für die Kutsche aus serieller Herstellung geliefert und gefertigt hatte, so wurde dieser Prozess immer undurchsichtiger und verschwand in der modernen wissensbasierten Produktion

mehr oder weniger völlig (Gorz). In Zeiten, in denen Software nicht nur in der Vorbereitung und Steuerung der Produktion zum Einsatz kommt, sondern auch die Produktion durch 3D-Drucker direkt betreibt, noch von einer Zuordnung einzelner Elemente oder quantitativer Anteile am gesellschaftlichen Reichtum zu einer individuellen Arbeitsleistung reden zu wollen, wäre absurd.

Hier liegt ein klarer Konflikt mit Apologetinnen der kapitalistischen Lohnarbeit. Diese betonen, dass das Lohnarbeitsverhältnis im Kapitalismus zentral ist und bleibt (was nicht bestritten wird), und dass deshalb auch soziale Sicherheit direkt aus ihm abgeleitet werden müsse. Dies gelingt nicht nur faktisch nicht mehr, weil immer mehr Menschen gar keine Arbeitsverhältnisse haben, die so formalisierbar wären, dass sie soziale Sicherheit für alle herstellen könnten. Es wäre auch gerechtigkeits-theoretisch angesichts der vollständigen Kollektivierung des Produktionsprozesses mit der Digitalisierung nicht zu begründen. Und deshalb wäre der mit einer Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens verbundene Bruch mit dem Prinzip Einkommen und Versorgungsansprüche (nur) durch kapitalistische Erwerbsarbeit ein emanzipatorischer Fortschritt. Und genau da liegt die Differenz: Was die einen festhalten wollen, wollen die anderen überwinden.

Zweckbündnisse?

Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde also dazu führen, dass Menschen ein anständiges Leben führen können, ohne sich am Prozess der kapitalistischen Lohnarbeit beteiligen zu müssen. Ausgerechnet aus der Tradition der Arbeiterbewegung wird genau dies kritisiert. So behauptet die Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik: „Beim BGE geht es darum, dass Menschen andere Menschen für sich arbeiten lassen. Im Kapitalismus kann das bislang die Unternehmerin bzw. der Unternehmer für sich beanspruchen. Das BGE macht dies zu einem Grundprinzip für alle. Ökonomisch nennt man das Ausbeutung.“ (Memogruppe S. 9) Ähnlich hatten sich zum 1. Mai 2018 diverse deutsche Gewerkschaftsführer geäußert, etwa die Vorsitzenden von DBG, Reiner Hoffmann, und IG-Metall, Jörg Hofmann (Spiegel online).

Die Kollegen (tatsächlich alles Männer, ob das Zufall ist?) müssen das Prinzip der kapitalistischen Lohnarbeit sehr tief verinnerlicht haben, wenn sie die Nichtbeteiligung daran nur als (aktive) Ausbeutung oder als (passives) Aussortiertwerden verstehen können, sonst kämen sie darauf, dass ein entsprechend ausgestattetes Grundeinkommen ja allen Menschen erlauben würde, die kapitalistische Lohnarbeit zu verlassen, wenn sie es denn wollten. Ach so, dann würde ja nichts mehr produziert? Wieso denn nicht, wieso sollte Produktion denn nicht außerhalb des kapitalistischen Rahmens stattfinden? Etwas Besseres könnte doch gar nicht passieren, als dass ein Grundeinkommen dazu führen würde, dass immer mehr kapitalistische Lohnarbeiterinnen die Lohnarbeit verlassen möchten.

Im Gegensatz zu manchen Gewerkschaftsführern weiß die Kapitaleseite das ganz genau. Deshalb wird es auch nicht leicht sein, ein solches Grundeinkommen einzuführen. Und deshalb führen die Manager des globalen digitalen Kapitalismus auch keine menschenrechtlichen Begründungen für ein Grundeinkommen an. Zwar gibt es bei manchen durchaus den Hinweis darauf, dass die modernen Gesellschaften immer tiefer gespalten sind zwischen Reich und Arm, Teilhabe und Ausgeschlossenheit, so etwa bei Höttges. Aber daraus folgt dann eben das utilitaristische Argument, dass „wir“ dem entgegenwirken müssen, wenn uns nicht alles um die Ohren fliegen soll.

Wäre das noch eine Überlegung, die durchaus Grundlage für taktische Zusammenarbeit sein könnte, so argumentiert Elon Musk, der Gründer von SpaceX und Tesla, ganz anders. Er ist für ein Grundeinkommen, weil die Digitalisierung so viele Arbeitsplätze vernichten werde. Zugleich hat er Angst davor, dass Künstliche Intelligenz demnächst die Herrschaft über die Menschheit und die Erde übernehme (Konic). Deshalb will er so bald als möglich Schnittstellen zwischen

menschlichem Gehirn und Computern schaffen, damit er da nicht abgehängt wird. Das ist keineswegs nur schräg, sondern wird von einigen Protagonisten auch offensiv vertreten. Sogenannte „Transhumanisten“ setzten fest darauf, dass demnächst eine „Singularität“ eintreten werde, also die KI die Kontrolle von den Menschen übernehmen werde. Viele von ihnen wie Risikoinvestor Peter Thiel, unter anderem aktiv bei PayPal und Facebook, oder Ray Kurzweil (Alphabet) befürworten ein Grundeinkommen.

Tomasz Konic versteht den Transhumanismus nicht nur als „Todeskult“, sondern auch als Spiegelbild des modernen Kapitalismus. Darin gleicht er dem europäischen Faschismus oder dem fanatischen Terrorismus des IS. „Die Menschheit als Geburtshelfer einer hyperintelligenten Maschinenwelt, die zu einer Explosion von Technologie und Wachstum führe – dies ist der ideologische Rahmen aller Spielarten des Transhumanismus.“ Dabei herrschen die „Maschinen“ längst über den Menschen. „Sie tun es seit der Durchsetzung des Kapitalismus – nur tun sie es nicht bewusst. In jeder Krise, in der Automatisierungsschübe zu Massenarbeitslosigkeit und Elend führen, wird es ja evident, dass die ‚Maschinen‘ einem anderen Zweck dienen als der menschlichen Bedürfnisbefriedigung, die nur notwendiges Übel, nur Mittel zum Zweck ist.“

### Bruch mit der Kapitalverwertung

Hier besteht für emanzipatorische Grundeinkommensbefürworterinnen keinerlei Anknüpfungspunkt mehr, nicht einmal für Zweckbündnisse. Uns muss es vielmehr um einen Bruch mit den Kapitalverwertungsprozessen gehen. Es war immer schon ein Merkmal der Forderung nach einem existenzsichernden bedingungslosen Grundeinkommen, dass sie die ideologische Auseinandersetzung mit dem Gegner am zentralen Punkt auf- und angenommen hat. Sie setzt dem Diskurs des Mangels einen Diskurs der Fülle entgegen, dem scheinbaren Zwang, den blinden ökonomischen Gesetzen zu folgen, die gesellschaftlich vermittelte freie Entscheidung der Einzelnen, der Markt- und Standortkonkurrenz die gemeinschaftliche Verwaltung der gemeinschaftlich produzierten Güter.

Wer darauf besteht, dass die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und am allgemeinen Reichtum ein Menschenrecht ist, das man sich nicht verdienen muss und das nicht von Arbeit oder Wohlverhalten und Anpassung abhängen darf, zielt mit dieser Aussage mitten in den Kern des theoretischen und praktischen Selbstverständnisses der neoliberalen kapitalistischen Gesellschaft, denn bürgerliche Volkswirtschaft begreift jegliche Ökonomie immer schon als Verwaltung des Mangels. Wer dagegen eine Fülle behauptet, an der teilzuhaben jede ein Recht hat, bricht mit dem bisherigen Mechanismus der Vergesellschaftung und braucht einen neuen. Hier würde es um Freiwilligkeit und das Wollen der Menschen gehen, miteinander Gesellschaft zu bilden.

Gesellschaft wurde im Sozialstaat idealtypisch über die Erwerbsarbeit hergestellt. Dort fandest du nicht nur dein Einkommen, sondern auch dein Ansehen, deine Möglichkeiten, deinen Platz mit und bei den Menschen. Obwohl dieser Mechanismus immer weniger funktioniert, ist noch nicht so recht absehbar, was ihn ersetzen könnte. Vielleicht halten deshalb manche aus reiner Verzweiflung an der Illusion zukünftiger Vollbeschäftigung und der Arbeitsvergesellschaftung fest.

Aber wir sehen heute nicht nur deren Disfunktionalität, wir wissen auch, dass das immer schon eine ausgrenzende Veranstaltung war. Der Sozialstaat war ein Staat des organisierten Ausschlusses all jener, die sich nicht unmittelbar dem Arbeitsregime unterwarfen. Es hat nicht zufällig und nicht nur kurzzeitig, sondern weltweit und von Anfang an Revolten und Kämpfe gegen ihn gegeben. Hinter diese linke Kritik am Sozialstaat sollten wir nicht nur nicht mehr zurück, es gibt auch keinen Weg mehr dorthin. Eine neue emanzipatorische Gesellschaft wird ihren Weg durch die Prekarität der heutigen Lebensverhältnisse hindurch finden müssen. Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen weist einen Weg dahin. Sie ermöglicht es, auf diesem Weg allerlei Gefährten zu

treffen und ein Stück mitzunehmen. Sie hilft auch dabei, konkrete Schritte angeben zu können, was hier und jetzt vielleicht schon sinnvoll verwirklicht werden könnte.

Dazu hat die Bewegung für ein Grundeinkommen in den letzten Jahrzehnten schon vieles geleistet. Sie hat Themen aufgenommen, die nicht unmittelbar ihr Kernanliegen zu betreffen scheinen. Am wichtigsten dabei sind ohne Zweifel die drei Bereiche Gender/Care, Wachstumskritik/sozialökologische Transformation und globale Dimension/basic food income. Bisher nicht gelungen ist eine Verbindung mit der kritisch-aktivistischen Debatte um die Digitalisierung. Auch diesem Umstand soll das „Frankfurter Manifest“ und dieses Buch abhelfen. Während die Genderfrage in Bezug auf das bedingungslose Grundeinkommen auch in der sozusagen „originären“, also der feministischen Bewegung diskutiert wurde und wird, ist das bei den beiden anderen erst jüngst und nur langsam der Fall. Hier gingen die Impulse deutlich von den Grundeinkommensgruppen aus.

Ohne in Details zu gehen, sollen hier ein paar grundlegend wichtige Argumentationslinien nachgezeichnet werden, weil sie für die Betrachtung möglicher Allianzen und Kooperationen von Bedeutung sind. Die von einigen Feministinnen vertretene Forderung nach einem „Lohn für Hausarbeit“ war nie unumstritten. In der neueren Grundeinkommensdiskussion wird sie praktisch nicht mehr erhoben. Vielmehr wird betont, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen alle Formen der gesellschaftlichen Produktivität anerkennt und damit die im Kapitalismus regelmäßig unsichtbar gemachte Pflegearbeit ins Licht rückt (etwa Blaschke u.a.). Die manchmal geäußerte Befürchtung, dass ein Grundeinkommen dazu führen würde, dass Frauen verstärkt gegen ihren Willen zu Hause bleiben und sich um Küche und Kinder kümmern könnten, lässt sich schwer begründen, wenn man sieht, dass ein Grundeinkommen ihnen ja genau die Möglichkeit geben würde, Zumutungen abzulehnen, denen sie sich nicht freiwillig stellen wollen.

Der Blick auf die globale Dimension der Grundeinkommensforderung war im Norden über lange Zeit völlig unüblich.

Nur vereinzelt gab es Stimmen, die das angesprochen haben, etwa verschiedene Ansätze im Rahmen des dritten deutschsprachigen Grundeinkommenskongresses 2008 in Berlin (Rätz/Krampertz). Im Rahmen des weltweiten Grundeinkommensnetzwerks *Basic Income Earth Network* herrschte lange die Überzeugung, dass es sich nicht als Modell für arme Länder eigne. Tatsächlich gab es in verschiedenen Ländern des Südens eigenständige Initiativen, die ein universelles Grundeinkommen forderten (Coleman; Haarmann/Haarmann; Zimmerman). Hier hat der Kolonialismus offenkundig genau so den (nördlichen) Blick versperrt wie das Patriarchat beim Genderthema den männlichen.

Die Debatte um Grenzen des Wachstums und Grundeinkommen dagegen ist tatsächlich ziemlich neu. Frühe Stimmen hatten vor allem die Befürchtung geäußert, dass die Ausstattung der Armen mit Einkommen den globalen Konsum anheizen und das ökologische Problem vergrößern würde. Erst allmählich setzt sich die Einsicht durch, dass es gerade ein Grundeinkommen wäre, das dem notwendigen ökologischen Umbau nützen könnte (Paternoga).

Und jetzt?

Wie stellt sich also jetzt, am Jahresende 2018, die Situation für die mögliche Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens dar? Klar ist, dass es dabei nicht um Deutschland alleine gehen könnte, wenn es real werden sollte. Mindestens an einen EU-Rahmen ist zu denken. Ich übergehe das hier, weil für eine Analyse der diesbezüglichen Rahmenbedingungen der Platz nicht ausreicht.

Naheliegender wäre es, das Engagement für ein Grundeinkommen mit sonstigen sozialpolitischen Auseinandersetzungen zu verbinden. Objektiv wären ja Kämpfe zum Beispiel für eine gute Alters- und Gesundheitsversorgung oder eine umfassende soziale Infrastruktur auch Elemente einer Grundversorgung mit den Mitteln für ein gutes Leben. Da gibt es nicht nur keinen Widerspruch, sondern ein großes Interesse der Grundeinkommensbewegung. Leider gab es immer schon eine Abneigung mancher Akteure, vor allem im linksgewerkschaftlichen und sozialdemokratischen Umfeld, gegen eine solche Zusammenarbeit.

Das liberale und neoliberale Unternehmerinnenlager ist uneindeutig. Es gibt klare Äußerungen, die auf umfassenden Sozialabbau hinauslaufen, aber auch Personen, die Brücken bauen könnten und dies manchmal auch möchten. Da käme es darauf an, jeweils im Einzelfall genau hinzuschauen, welche Implikationen welcher Vorschlag hätte. Nicht ganz unproblematisch ist dabei ihr jeweiliges Verhältnis zur Digitalisierung. Recht häufig wird die Erwartung geäußert, dass alle möglichen Arbeitsplätze, eventuell gar noch in Rekordzeit, verschwinden könnten (Werner u. a.). Auch eher phantastische Finanzierungsvorschläge entstehen aus der Vorstellung einer technologischen Dividende, die den fiktiven Charakter eines Gutteilens des Finanzkapitals übersieht. Ob die Erwartung von Christoph Butterwegge, einem der unermüdlichsten Kritiker der Grundeinkommensforderung, allerdings zutrifft, dass nur die liberalen und neoliberalen Vorstellungen politisch relevant seien (Butterwegge S. 191f), bleibt zu hinterfragen. Vergleicht man, wer bei ihm und wer im hier vorliegenden Buch schreibt, könnte man den gegenteiligen Eindruck gewinnen.

Das hat sicherlich viel damit zu tun, dass in jüngster Zeit weitere Akteurinnen den realpolitischen Druck aufnehmen, der von den Wortmeldungen der Digitalmanager ausging. Die SPD, die sich immer tiefer im Umfragen- und auch Wahlergebniskeller findet, sucht verzweifelt nach Themen, die sie dort wieder herausholen könnten. Noch sind die Stimmen in der Minderheit, die einsehen, dass ein umfassender Kurswechsel weg von der Politik, für die Hartz IV steht, erforderlich ist. Aber sie werden lauter und für die Parteiführung wird es immer dringender, Ansätze für ein gemeinsames Agieren finden zu können. Wenn man Michael Müllers, des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Vorschlag eines „solidarischen Grundeinkommens“ als Test verstehen will, so hatte der noch nicht ganz funktioniert. Zu schnell wurde deutlich, dass es lediglich um eine begrenzte arbeitsmarktpolitische Maßnahme ging. Aber dass er das Wort „Grundeinkommen“ aufgriff, geschah sicherlich so wenig zufällig, wie dass die Parteivorsitzende Andrea Nahles kürzlich von einem „Bürgergeld“ anstelle von Hartz IV sprach. Dabei entstand sogar für kurze Zeit der Eindruck, die neue Grundsicherung könnte ohne Sanktionen auskommen. Da schwingt sicherlich einiges sowohl von dem mit, was die Parteibasis an Druck macht, als auch davon, wie erkennbar die Debatte um das bedingungslose Grundeinkommen in der Öffentlichkeit Platz greift.

Auf dasselbe Pferd setze dann zuletzt auch der Grünen-Bundesvorsitzende Robert Habeck. Er schlägt ein „bedarfsgerechtes und bedingungsloses Garantiesystem“ vor, das aber sehr wohl an der Logik bedarfsgeprüfter und sanktionsbewehrter Sozialsysteme festhält, das heißt es gibt eine (Einkommens- und Vermögens-) Grenze, ab der die Leistung entfällt, und eine Mitwirkungspflicht. Aber so genau schaut kaum jemand von den Journalistinnen hin, von den Wählerinnen schon gar nicht. Für eine kurze Zeit beherrschten beide Vorschläge die Medien und man konnte den Eindruck gewinnen, dass die LINKE links überholt werden sollte.

Gleichzeitig vertieft sich der Prozess der Konsensbildung unter den Befürworterinnen eines emanzipatorischen Grundeinkommens. Über die in diesem Buch erörterten inhaltlichen Themenkomplexe gibt es kaum noch ernsthafte Auseinandersetzungen. Dass man trotz geringer Erwartungen in puncto Mehrheitsverhältnisse für die eigenen Vorstellungen in den Auseinandersetzungen zur Verteidigung der noch vorhandenen Reste des Sozialstaats aktiv sein muss, ist Konsens. Auch die Hoffnungen auf die Wirkung von Modellprojekten ist in dieser Szene extrem

gering. Was sollen denn Experimente bringen, in denen getestet wird, wie wenig Geld man erwerbslosen Menschen geben muss, damit sie jede Arbeit annehmen? Einzelschritte hin zu einem emanzipatorischen Grundeinkommen müssten selbst emanzipatorisch sein. In diesem Sinne könnte man über bedingungslose Renten oder Kindergrundeinkommen reden, über Sabbatjahre oder umfassende Infrastruktur. Und dafür könnte man auch kämpfen, gemeinsam mit allen Menschen, die sowas gut finden, egal was sie vom Grundeinkommen halten. Denn ein Grundeinkommen wird am Ende nur soviel wert sein wie die Kämpfe, die darum geführt worden sind. Und die Forderung danach ist gleichzeitig ein Angebot, diese Kämpfe gemeinsam zu führen.

Literatur

Ronald Blaschke/Ina Prätorius/Antje Schrupp (Hg.), *Das bedingungslose Grundeinkommen. Feministische und postpatriachale Perspektiven*, Sulzbach 2016.

Christoph Butterwegge, *Weder sozial noch gerecht. Das bedingungslose Grundeinkommen schafft mehr Probleme, als es löst*, in: Christoph Butterwegge/Kuno Rinke (Hrsg.), *Grundeinkommen kontrovers. Plädoyers für und gegen ein neues Sozialmodell*, Weinheim 2018, S. 189-213.

Neil Coleman, *Kampf gegen die Armut in Südafrika*, in: Andreas Exner/Werner Rätz/Birgit Zenker (Hg.), *Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit*, Wien 2007, S. 222-237.

André Gorz, *Wissen, Wert und Kapital. Zur Kritik der Wissensökonomie*, Zürich 2004.

Claudia Haarmann/Dirk Haarmann, *Einkommenssicherheit statt Wohltätigkeit – Namibias Chance zur nachhaltigen Entwicklung*, in: Exner u. a., S. 238-254.

Robert Habeck, *Anreiz statt Sanktionen, bedarfsgerecht und bedingungslos*,

<https://www.gruene.de/ueber-uns/2018/impulse-debattenbeitraege-zumgrundsatzprogramm/anreiz-statt-sanktionen-bedarfsgerecht-und-bedingungslos>.html zuletzt eingesehen 5.12.2018.

Timotheus Höttges, *Interview* in: Die Zeit, 29.12.2015, <https://www.zeit.de/2016/01/zukunftsvisionen-timotheus-hoettges-roboter-technik/seite-5>

zuletzt eingesehen 5.12.2018.

Tomasz Konic, *Künstliche Intelligenz und Kapital. In der vom Silicon Valley herbeigesehnten Singularität käme das automatische Subjekt zu sich selbst*,

<http://www.streifzuege.org/2017/kuenstliche-intelligenz-undkapital#more-20612> zuletzt eingesehen 5.12.2018.

Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Erstes Buch, MEW Band 23.

Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, Drittes Buch, MEW Band 25.

Arbeitsgruppe alternative Wirtschaftspolitik („Memogruppe“), *Memorandum 2018. Kurzfassung*, Bremen 2018 [http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/kurzfassung\\_memorandum\\_2018\\_preis\\_der\\_schwarzen\\_null\\_....pdf](http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/kurzfassung_memorandum_2018_preis_der_schwarzen_null_....pdf) zuletzt eingesehen 5.12.2018.

Dagmar Paternoga, *Ohne Angst in eine ökologisch gerechte Gesellschaft*, in: Ronald Blaschke/Werner Rätz (Hrsg.), *Teil der Lösung. Plädoyer für ein bedingungsloses Grundeinkommen*, Zürich 2013, S. 115-127.

Spiegel online, *Gewerkschaften lehnen bedingungsloses Grundeinkommen ab*, 30.4.2018,

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/gewerkschaften-lehnen-bedingungsloses-grundeinkommen-ab-a-1205467.html> zuletzt eingesehen 5.12.2018.

Werner Rätz, *Vom Mangel zur Fülle. Das Grundeinkommen als Richtungsforderung*, in: Streifzüge 33/2005, <http://www.streifzuege.org/2005/vom-mangel-zur-fuelle> zuletzt eingesehen 5.12.2018.

Werner Rätz, *Überlegungen zur Zukunft der Arbeit*, in: Dieter Kirchhöfer/Edgar Weiß, *Jahrbuch für Pädagogik 2007. Arbeitslosigkeit*, Frankfurt 2008, S. 117-134.

Werner Rätz/Hardy Krampertz, *Grundeinkommen – woher, wozu und wohin?* Neu-Ulm 2011.

Götz Werner/Matthias Weik/Marc Friedrich, *Sonst knallt's. Warum wir Wirtschaft und Politik radikal neu denken müssen*, Köln 2017.

Clovis Zimmermann, *Die Einführung des Grundeinkommens im Kontext der brasilianischen*

*Sozialpolitik*, in: Exner u. a. S. 211-221.